



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

4. Ratssitzung vom 3. Juni 2026

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/433 und 2025/480

173. 2025/433

Motion der AL-Fraktion vom 24.09.2025:

Schrittweise Beendigung der Zusammenarbeit mit Unternehmen, die dem US CLOUD Act unterstehen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/433 und 2026/480

Michael Schmid (AL) begründet die Motion GR Nr. 2025/433 (vergleiche Beschluss-Nr. 5167/2025): Der Stadtrat beantragt, unsere Motion nur als Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte darlegen, weshalb wir an der Motion festhalten. Der Stadtrat anerkennt selber, dass digitale Souveränität angesichts der aktuellen geopolitischen Lage an Bedeutung und Dringlichkeit gewann. Ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass Organisation und Informatik (OIZ) das Thema bereits ernstnimmt und Alternativen prüft. So steht sie im Austausch mit Schleswig-Holstein, arbeitet mit der Berner Fachhochschule zusammen, engagiert sich im Netzwerk Souveräne Digitale Schweiz, verfolgt Marktentwicklungen, evaluiert Open-Desk oder entwickelt Strategien zur Reduktion von Abhängigkeiten. Dieses vorausschauende Handeln ist richtig und notwendig. Genau deshalb braucht es jetzt den nächsten Schritt. Wir möchten eine höhere Verbindlichkeit und einen konkreten politischen Auftrag. Es soll ein Umsetzungsplan mit Zeitplan und Finanzierungsantrag vorgelegt werden. Der Kern der Motion ist einfach: Die Stadt Zürich soll sich schrittweise aus kritischen digitalen Abhängigkeiten lösen. Diese Problematik ist seit der Einreichung der Motion eher deutlicher als kleiner geworden. Nebst den in der schriftlichen Begründung ausgeführten demokratiepolitischen und datenschutzrechtlichen Bedenken wird auch immer offensichtlicher, dass wir uns zusätzlich in eine finanzielle Erpressbarkeit begaben. Viele öffentliche Institutionen erleben seit Jahren stetige und teilweise kaum nachvollziehbare Erhöhungen der Lizenz- und Betriebskosten. Gerade weil ganze Infrastrukturen tief in einzelne Ökosysteme integriert wurden, können Anbieter ihre Bedingungen faktisch diktieren. Das trifft nicht nur auf Microsoft, sondern zunehmend auch auf SAP zu. Dort zeigen sich dieselben grundlegenden Probleme wie starker Vendor-Lock-in-Effekt, laufende Gebührenerhöhungen, erzwungene Cloud-Migrationen und wahrscheinlich die Unterstellung unter den US-CLOUD Act durch die starke Präsenz



und Rechtsverflechtung in den USA. Wer einmal vollständig in solche Plattformen integriert ist, verliert einen erheblichen Teil seiner technologischen und finanziellen Handlungsfreiheit. Digitale Souveränität ist deshalb nicht nur eine Datenschutzfrage, sondern auch eine Frage der demokratischen und finanziellen Kontrolle über die eigene Infrastruktur. Eine ausführliche Recherche der Zeitschrift «Republik» zeigte Anfang 2026, dass amerikanische Handelsvertreter und Tech-Konzerne gezielt versuchen, Schweizer Behörden und öffentliche Institutionen von Strategien zur digitalen Souveränität abzubringen. Vertreter der amerikanischen Handelskammer intervenierten, unter anderem auch bei der Stadt Zürich wegen ihres Engagements im Netzwerk Souveräne Digitale Schweiz. Gerade diese Reaktionen zeigen, dass das Thema hochrelevant ist, wenn bereits die Prüfung von Alternativen einen derartigen Druck auslöst. Die «Republik» dokumentierte zudem, dass sich wegen möglicher Zugriffe auf Daten, der Gefahr sogenannter Kill Switches oder zunehmender Lizenzkosten immer mehr Behörden kritisch mit der Abhängigkeit von Microsoft auseinandersetzen. Auch international bewegt sich einiges. Schleswig-Holstein trieb seinen Wechsel auf Open-Source-Lösungen massiv voran. Mehr als 44 000 E-Mail-Konten und mehr als 110 Millionen E-Mails und Kalendereinträge wurden migriert. Ein hoher Prozentsatz der Büroarbeitsplätze arbeitet inzwischen mit LibreOffice. Gleichzeitig berichtet das Bundesland von erheblichen Einsparungen bei Lizenzkosten. Natürlich verläuft eine solche Umstellung nicht reibungslos. Es gibt Mehraufwand, Produktivitätseinbussen und Schwierigkeiten. Das müssen wir ehrlich diskutieren. Der Stadtrat argumentiert, ein vollständiger Ausstieg habe «nicht vertretbare Einbussen der Funktionsfähigkeit zur Folge». Das greift zu kurz. Unsere Motion verlangt keinen abrupten Ausstieg, sondern einen schrittweisen Plan. Damit lassen sich Risiken minimieren, Prioritäten setzen und kritische Bereiche sorgfältig vorbereiten. Gewisse tatsächliche oder vermeintliche Produktivitätseinbussen wird man in Kauf nehmen müssen. Aber wenn wir digitale Souveränität ernstnehmen, können kurzfristige Effizienzüberlegungen nicht das einzige Kriterium sein. Der Stadtrat sagt ausserdem, es brauche eine ganzheitliche Betrachtung und strategische Planung. Dem stimmen wir ausdrücklich zu. Genau deshalb braucht es diese Motion. Ohne einen klaren politischen Auftrag des Parlaments bleibt das Thema unverbindlich. Ein weiterer Kritikpunkt des Stadtrats lautet, die Motion fokussiere zu stark auf US-Anbieter. Auch darüber kann man diskutieren. Die Umsetzungsplanung darf sehr gerne auf ähnliche Problematiken in anderen Rechtsräumen ausgeweitet werden. Selbstverständlich sollen die Risiken unabhängig vom Herkunftsstaat sachlich beurteilt werden. Daraus folgt aber nicht, dass man bei der derzeitig offensichtlichsten und grössten Abhängigkeit untätig bleiben soll. Diese Abhängigkeit ist real. Es ist bestätigt, dass Microsoft keinen vollständigen Schutz europäischer Daten vor dem Zugriff amerikanischer Behörden garantieren kann. Der Rechtsvertreter von Microsoft Frankreich bestätigte und erklärte dies unter Eid vor dem französischen Senat. Wir führen hier keine theoretische Debatte. Es geht nicht um abstrakte Datenschutzsorgen. Es geht um politische, wirtschaftliche und strategische Abhängigkeiten. Wenn zentrale Kommunikations- und Verwaltungsinfrastrukturen faktisch unter fremder Rechtsordnung stehen, betrifft das die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Niemand behauptet, die Umstellung sei gratis oder einfach. Es wird Investitionen brauchen, es wird Aufwand geben und gewisse Abläufe werden weniger effizient sein. Aber diese Ausgaben zahlen sich langfristig aus – finanziell, organisatorisch und demokratiepolitisch. Digitale Souveränität



bedeutet nicht Autarkie. Aber sie bedeutet, dass staatliche Institutionen ihre grundlegenden digitalen Infrastrukturen nicht vollständig von wenigen globalen Konzernen abhängig machen sollen. Wir investieren auch in Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur oder Wasserversorgung, obwohl vielleicht kurzfristig billigere Lösungen existieren. Weil Resilienz und Kontrolle einen Wert haben. Das gilt auch im digitalen Bereich. Unsere Motion verlangt nichts Radikales. Sie verlangt keine sofortige Abschaltung bestehender Systeme oder einen ideologischen Alleingang. Sie verlangt einen realistischen, schrittweisen und transparenten Umsetzungsplan. Dazu sollte sich das Parlament bekennen.

Përparim Avdili (FDP) begründet die Motion GR Nr. 2025/480 (vergleiche Beschluss-Nr. 5277/2025): Die Digitalisierung brachte uns viel: Effizienz, Komfort, höhere Produktivität und teilweise sogar funktionierende IT-Projekte. Sie brachte aber auch etwas Anderes: Abhängigkeiten von einzelnen Herstellern, von Lizenzmodellen, die sich über Nacht ändern können, von Cloud-Anbietern irgendwo auf der Welt und von Technologien, die wir zwar nutzen, aber zu wenig verstehen und kontrollieren. Der Gemeinderat hat sich damit bereits verschiedentlich auseinandergesetzt. Die IT-Industrie und Branche sind ebenfalls schon länger an dem Thema dran. Die digitale Community setzt sich schon lange mit der Produktlogik oder der gestiegenen Abhängigkeit auseinander. Auch politisch ist das Thema hochaktuell. Das zeigt der Blick nach Luzern, wo der Einsatz von Office 365 komplett infrage gestellt wird. Anstatt, dass man die verschiedenen Aspekte einzeln behandelt und heute über Microsoft und morgen über SAP diskutiert, macht es Sinn, eine ganzheitliche Strategie zu entwickeln. Eine Strategie, die auf die Stärkung der digitalen Souveränität zielt und auch umgesetzt wird. Wir fordern mit der Motion, dass die Stadt Zürich die höchstmögliche Kontrolle über die ihr anvertrauten Daten behält oder wiedererlangt sowie ihre Abhängigkeit von dominanten Drittparteien möglichst auf ein Minimum reduziert. Konkret heisst das: Datenhoheit bei besonders schützenswerten Daten wie Personendaten, Fokus auf Open-Standards und Open-Data, Infrastruktur verwenden, die nur der Schweizerischen Rechtsstaatlichkeit untersteht und keine Abhängigkeit von einseitig anpassbaren Lizenzmodellen. Mit dieser Motion verlangen wir keineswegs eine digitale Abschottung. Es ist auch kein ideologischer Kreuzzug gegen internationale Anbieter, die auch in Zürich viele Arbeitsplätze bieten und einen wichtigen Teil zur Attraktivität und Wertschöpfung des Standorts beitragen. Aber das Thema ist viel zu sensitiv, als dass man es nicht strategisch anpacken müsste – unabhängig davon, wer bei uns vor Ort ist. Digitale Souveränität ist kein Luxusprojekt irgendwelcher IT-Nerds. Es ist eine Frage von Resilienz, Sicherheit und einem verantwortungsvollen Umgang mit unseren Steuergeldern. Weil man keine Einzelthemen wie in der Vergangenheit behandeln sollte, schlagen wir – anders als die AL – nicht vor, dass wir noch einmal über einen spezifischen Ausstieg diskutieren, sondern fordern zuerst eine Strategie ein.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es ist in der Tat eine herausfordernde Situation. Man muss handeln, das ist für mich keine Frage. Die Stadt Zürich steht nicht allein da und macht schon relativ viel. Was Michael Schmid (AL) nicht erwähnte, war die letzte Woche publizierte Studie. Darin zeigen wir auf, dass wir längst am Handeln sind. Mit der Fachhochschule



Bern machten wir eine Studie dazu, was es braucht, um in der Anwendung von Microsoft 365 voranzukommen. Die OIZ wird in einem nächsten Schritt mit einem «proof of concept» aufzeigen, wie man bei einzelnen Teilelementen aus dem Microsoftpaket in eine open-source-basierte Anwendung kommen kann. Wenn Michael Schmid (AL) sagt, ohne die Motion bleibe es unverbindlich, möchte ich entgegnen, dass Stadträte keine «Wischi-Waschi-Gremien» sind. Përparim Avdili (FDP) sagte, es habe schon ganz viele Vorstösse gegeben – digitale Souveränität ist aber nur genau in diesen beiden Vorstössen ein Thema. Den Auftrag voranzugehen, erteilte ich hingegen intern, bevor diese Vorstösse eingegangen sind. Man muss in diese Richtung gehen, aber es ist ein langer Weg. Wenn man sich über Jahrzehnte in diese Abhängigkeit begab, kommt man nicht so schnell heraus. Aber der Wille ist da. Es ist klar, dass es auch grosse Widerstände gibt. Das Engagement der Stadt und eines hochrangigen OIZ-Mitarbeiters in dem Netzwerk löste massives Lobbying aus, das auch vor Lügen nicht zurückschreckte. Trotzdem ist die Stadt Zürich gewillt, voranzugehen. Wir werden dafür auch Mittel brauchen. Die Beurteilung der OIZ wird differenziert und umfassend erfolgen. Wir nehmen beide Vorstösse als Postulate entgegen. Warum nicht als Motion? Beim FDP-Vorstoss ist das verlangte Konzept nicht motionabel. Beim AL-Vorstoss, der differenziert einen Kreditantrag verlangt, ist das Problem, dass wir die benötigten Mittel in zwei Jahren nicht zusammenhaben. Wir können nicht sagen, was diese Umstellung über viele Jahre kosten wird. Ich hoffe, dass wir in meiner Amtszeit noch wesentliche Schritte erreichen werden. Aber bis wir substanziell digital souveräner sind, bin ich nicht mehr im Amt. Es dauert einfach, bis Alternativen aufgebaut sind. Das wurde genau geprüft und man ist im Austausch mit Schleswig-Holstein. Es ist klar, dass es einen schrittweisen Prozess brauchen wird. Manche Leute sind digital affin, aber man darf nicht unterschätzen, wie viel Zeit es braucht, so etwas in einer Verwaltung auszurollen und die Leute zu schulen. In zwei Jahren kann der Stadtrat unmöglich eine Motionsantwort mit Preisschild vorlegen. Ich hoffe, dass wir das Thema in der Zukunft so fachlich diskutieren können wie heute.

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): Die SVP unterstützt die Umwandlung beider Motionen in ein Postulat. Damit bleibt ein wichtiges Thema auf dem Tisch – nämlich die digitale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Die AL-Motion verfolgt nur eines: eine Anti-US-Richtung. Sie richtet sich einseitig gegen amerikanische Unternehmen und blendet völlig aus, dass auch andere Staaten Zugriffsrechte auf unsere Daten haben. In der «Plandemie» sahen wir, dass die Schweiz keine Freunde hat. Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. Es geht der AL nicht um Datensouveränität, sondern darum, den USA eins auszuwischen. Das ist keine seriöse Datenpolitik, sondern Politik für Trotzkiten. Die SVP sieht das Ganze grundsätzlich anders. Es geht uns darum, dass sämtliche sensiblen Daten der Stadt Zürich unter Schweizer Souveränität stehen. Sie sollen auf Schweizer Boden gespeichert und ausschliesslich Schweizer Recht unterstellt werden. Das haben wir mit unserem während der letzten Budgetdebatte überwiesenen Postulat GR Nr. 2025/572 erreicht. Dieses verlangt die Speicherung und Verarbeitung sämtlicher städtischer Daten in Rechenzentren auf Schweizer Territorium, damit sie der Schweizer Gerichtsbarkeit unterstehen. Der Stadtrat hat völlig recht, dass ein Totalausstieg betrieblich



gar nicht möglich ist. Man denke nur an die Daten, die in SAP herumgeistern. Niemand weiss, wo sie liegen. Wir sind im Gegensatz zur AL keine Freunde von blauäugigen Experimenten auf Kosten der Steuerzahler. Wir verlangen einen klaren, realistischen und konsequenten Kurs hin zu echter Souveränität was unsere Daten betrifft. Wir möchten keine neue Abhängigkeit von ausländischen Grosskonzernen oder Open-Source-Lösungen, die letztlich auch unter ausländischer Abhängigkeit stehen, sondern eine strategische Förderung von Schweizer oder souveränen Lösungen. Die SVP wird die Umwandlung der Motion in ein Postulat unterstützen, aber wir werden uns nicht damit zufriedengeben. Wir bleiben bei unserem eigenen Vorstoss am Puck. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass die Stadt Zürich die Hoheit über unsere Daten nicht länger leichtfertig in fremde Hände gibt. Die digitale Souveränität ist keine linke oder rechte Frage. Es ist eine Frage des gesunden Menschenverstands und der staatlichen Unabhängigkeit.

Martina Zürcher (FDP): STR Daniel Leupi, in unserer Begründung sind die vergangenen Vorstösse zum Thema aufgelistet. Digitale Souveränität ist uns wichtig. Der Vorstoss der AL geht uns aber zu weit. Es geht nicht nur um Microsoft-Produkte, sondern um alle Anbieter, die dem US-CLOUD Act unterstehen. Zur Datenverarbeitung braucht es nicht nur die Office-Palette. Es braucht auch damit kompatible Hard- und Softwaredienstleistungen in den Bereichen Netzwerk, Firewall, Speicher oder Datenbanken. Dabei gibt es viele US- aber auch globale Firmen, die durch einen Ableger in den USA dem US-CLOUD Act unterstehen. Wenn man die Enterprise-fähigen Lösungen anschaut, hat man in der Praxis vielfach die Wahl zwischen einem Anbieter, der dem US-CLOUD Act untersteht oder einem chinesischen Hersteller. Ich lasse die Frage im Raum stehen, was besser ist. Es ist sicher richtig, dass die Verwaltung diese Themen angeht und das tut sie bereits. Innerhalb von zwei Jahren Umsetzungsschritte einer vollständigen Beendigung der Zusammenarbeit mit Anbietern, die dem US-CLOUD Act unterstehen, vorzulegen, ist nicht realistisch, wenn die Stadtverwaltung effizient und handlungsfähig bleiben soll. Beim Postulat wären wir dabei, bei der Motion nicht.

Selina Frey (GLP): Digitale Souveränität war der GLP schon immer wichtig. Sie bestimmt, wer über unsere Daten entscheidet, wenn es darauf ankommt oder ob unsere Verwaltung auch morgen noch handlungsfähig ist. Aber sie bestimmt auch über die Frage, welche digitalen Werkzeuge uns zur Verfügung stehen. Wir anerkennen, dass der US-CLOUD Act problematisch ist und es weiteren Prüfbedarf innerhalb der Verwaltung gibt. Aber es ist spannend, wann die beiden Vorstösse eingereicht wurden: als es auf nationaler Ebene auf Basis des Berichts zur digitalen Souveränität zu einer Debatte kam. Die Urner Ständerätin (SR) Heidi Z'graggen hat den Vorstoss im Jahr 2022 eingereicht. Kurz bevor der Bericht publiziert wurde, war das Thema in den Medien. Deshalb landete es auch bei der Stadt Zürich. Wir kommen zu einem ähnlichen Schluss wie der Bericht zum Vorstoss von SR Heidi Z'graggen. Digitale Souveränität ist viel komplexer als die Frage, ob ein Anbieter dem US-CLOUD Act untersteht. Natürlich stören wir uns an ungesunden Monopolsituationen, aber diese kommen nicht per se dadurch zustande, welchen Anbieter die Stadt Zürich wählt. Das heisst nicht, dass man dabei bleiben soll. Aber es werden Themen durcheinander gebracht, die nicht zum Gesamtbegriff digitale



Souveränität gehören. Digitale Souveränität entsteht, wenn man beherrschte Verantwortung und gekonntes Risikomanagement anwendet. Das sprach Michael Schmid (AL) in seinem Votum an. Es geht nicht nur um die Anbieter. Es macht manchmal sogar Sinn, gewisse Abhängigkeiten bewusst in Kauf zu nehmen: Dann, wenn es um höhere Skalierbarkeit, bessere Sicherheitsmechanismen, ausgereifere Dienstleistungen oder eine höhere Betriebsstabilität geht. Aber natürlich nur in jenen Bereichen, wo es nicht besonders schützenswerte Daten oder Anwendungsfelder betrifft. Deshalb lautet die entscheidende Frage nicht allein, wer der Anbieter ist, sondern ob wir unsere Risiken in der Verwaltung verstehen, sie kontrollieren und handlungsfähig bleiben können. Die Stadt tut schon Einiges, das wir sehr unterstützenswert finden und das uns zuversichtlich stimmt. Deshalb unterstützen wir die beiden Vorstösse nicht als Motion, sondern als Postulat.

Dominique Späth (SP): Der Stadtrat liefert in seinen Antworten ein sehr solides Argumentarium für die Wichtigkeit der digitalen Souveränität. Beide Motionen fordern genau das. Die SP unterstützt dieses Anliegen und beide Motionen. Es wird also auf breiter politischer Front anerkannt, dass weniger Abhängigkeit von kritischen IT-Lösungen notwendig und dringend ist. Der Stadtrat kritisiert in seiner Antwort auf die AL-Motion zum US-CLOUD Act effektiv nur einen Punkt. Nämlich, dass sich die Forderungen nicht ausschliesslich auf US-Firmen beziehen sollen, sondern auf alle Anbieter, die aufgrund ihrer nationalen Gesetzgebungen potenziell in die digitale Souveränität anderer Staaten eingreifen könnten. Die SP-Fraktion begrüsst diese Ausweitung. Wir fordern, dass mögliche Alternativen durch Abklärungen und Netzwerkarbeit innerhalb von Europa geprüft werden. Die FDP-Motion schlägt konkrete Schritte zum Ausbau der digitalen Souveränität vor. In Kombination mit der AL-Motion ist der Auftrag an den Stadtrat damit klar.

Attila Kipfer (SVP): In diesem Vorstoss geht es darum, die Zusammenarbeit mit IT-Providern zu beenden, die dem US-CLOUD Act unterstehen. Der US-CLOUD Act wurde im Jahr 2018 in den USA erlassen und ermächtigt die US-Behörden und andere Firmen, auf unsere Daten zuzugreifen. In einem solchen Fall würde uns weder Rechenschaft geleistet, noch wüssten wir davon. Das heisst, man weiss nie, wer alles noch auf unsere Daten zugreift. Es ist deshalb sicher ein berechtigtes Anliegen, dass man versucht, andere und vertrauenswürdiger IT-Provider zu finden. Allerdings wird man nicht von Microsoft wegrennen und zu Google gehen können, weil man dort dasselbe Problem hat. Aber irgendeinen IT-Provider will man ja nehmen und wenn möglich keine eigene Infrastruktur aufbauen. Das wäre aufwendig, teuer und weniger skalierbar. Der Stadtrat schlägt vor, aus dieser Motion ein Postulat zu machen, weil es sonst schwierig umzusetzen ist. Dabei geht es aber auch um Abhängigkeiten von Providern und Kunden. Die US-Behörden können auf Daten bei vielen Cloud-Anbietern und sogar auf Daten von Firmen zugreifen, die keinen Sitz in den USA haben. Es könnte schwierig werden, wenn man seine Daten gar nicht mehr an einem solchen Ort haben will, weil man nicht weiss, ob die Provider, Partner und Stakeholder nicht doch irgendwie Daten in die Cloud schicken. Ein komplettes Verbot umzusetzen, wäre also schwierig. Es wäre auch gut zu wissen, wie bspw. der Kanton Zürich und der Bund weiter vorgehen. Die SVP begrüsst die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung mittels Umwandlung in ein Postulat. So kann der Sachverhalt geprüft und eine massgeschneiderte Lösung entwickelt werden.



Yves Henz (Grüne): Ohne digitale Souveränität keine Freiheit. Souveränität und der Datenschutz garantieren die Funktionsweise unserer Stadt und unserer Infrastruktur. Wenn wir die Souveränität nicht erlangen, werden wir erpressbar und unfrei. Wir erreichen Souveränität durch lokale physische Infrastruktur und durch Open-Source-Software, die auf die Bedürfnisse und Abläufe der Stadt angepasst ist. Es ist klar, dass das Projekt zur digitalen Souveränität keine Eintagsfliege ist. Aber es darf auch nicht zu einem ewigen Lauf werden. Es muss eine Perspektive und einen klaren Plan geben. Wir haben reale Bedrohungen der Freiheit. Wir sehen imperialistische Aggressionen in einer bemerkenswerten Skala. Es gab allein in diesem Jahr massive Angriffe und tausende oder zehntausende Menschenleben, die verloren gingen, wegen einer Behörde bzw. einem Land, von dem wir so abhängig sind. Nur wenn wir souverän sind, kann uns niemand unsere Infrastruktur abschalten. Nur dann sind Daten vor Fremdzugriff geschützt. Und nur dann sichern wir uns Freiheit und Demokratie langfristig.

Sibylle Kauer (Grüne): Die digitale Souveränität ist den Grünen wichtig. Die Stadt soll die höchstmögliche Kontrolle über – vor allem sensible – Daten behalten. Das Anliegen der Motionen unterstützen wir ohne Vorbehalt. Auch der Stadtrat unterstützt ein Vorgehen auf strategischer Ebene und teilt die Anliegen zur Stärkung der digitalen Souveränität. Aber eine Strategie, wie sie in der Motion der FDP gefordert wird, ist nicht motionabel. Daher folgen wir bei dieser Motion der Empfehlung des Stadtrats und lehnen sie ab.

Michael Schmid (AL) ist nicht einverstanden, die Motion GR Nr. 2025/433 in ein Postulat umzuwandeln: Wir halten an der Motion fest, wie ich bereits in meinem vorherigen Votum sagte. STR Daniel Leupi sagte, es sei nicht möglich, die Kosten für die gesamte Umsetzung innerhalb von zwei Jahren zu präsentieren. Damit können wir umgehen. Aber bereits für die ersten Schritte der Umsetzung der Motion werden genügend Mittel notwendig sein, damit das Anliegen motionabel ist. Von der SVP wurden einige schräge Dinge gesagt. Etwa, dass die EU – ähnlich wie die USA – Zugriff auf Daten habe. Das ist ziemliches Geschwurbel. Es gibt im Rahmen von rechtstaatlichen Vereinbarungen bspw. bei Strafverfahren Zugriffsmöglichkeiten. Aber nicht so generell, wie es der US-CLOUD Act vorsieht. Es ist wirklich kein Vergleich. Die Aussage, dass Open-Source unter ausländischer Kontrolle sei, bedeutet, dass man recht wenig von Open-Source, von den Möglichkeiten von Forks oder der Einsicht des Codes versteht. Die SVP brachte in der Budgetdebatte das Postulat, dass Daten nur in der Schweiz gespeichert und verarbeitet werden sollen. Das ist wahrscheinlich bereits erfüllt. Aber es hat überhaupt nichts damit zu tun, dass die Daten dann keiner extraterritorialen Rechtsprechung unterstehen würden. Der US-CLOUD Act ist gerade deshalb so berücksichtigt, weil er sich auf extraterritoriale Daten und Maschinen bezieht und die US-Geheimdienste auch auf Microsoft-Server in der Schweiz direkten Zugriff haben. Deshalb ist die Forderung des SVP-Postulats völlig unzureichend und unwirksam. Martina Zürcher (FDP) verwies darauf, dass auch in anderen Rechtsbereichen und Staaten problematische Zugriffsmöglichkeiten bestehen – insbesondere bei chinesischen Herstellern. Da bin ich völlig einverstanden. Ich sagte bereits im ersten Votum, dass man unsere Forderung gern auf andere Staaten und Rechtsprechungen ausdehnen darf. Aktuell brauchen wir allerdings



nicht wahnsinnig viel Software von chinesischen Anbietern. Das ist vielleicht beim Bund ein Problem, aber nicht bei der Stadt Zürich. Das unmittelbare Problem sind Microsoft und SAP. Datenspeicherung und -verarbeitung kann durchaus auch weiterhin noch passieren, wenn man mit US-Unternehmen zusammenarbeitet, die US-Recht unterstehen. Aber die Speicherung und Verarbeitung von Daten darf nicht auf Servern passieren, die sie betreiben. Das muss auf eigenen Servern passieren, wie es bis vor Kurzem üblich war. Das Argument, dass Enterprise-Lösungen oft einen Bezug zu den USA hätten, greift in keinster Weise. Der Vorstoss der FDP hat dieselbe Stossrichtung wie unser Postulat, aber ist etwas allgemeiner und viel bürokratischer. Die FDP fordert zuerst einen Kredit, womit eine Strategie erarbeitet wird. Diese Strategie soll dann zu einer Umsetzungsplanung führen und erst diese zur Umsetzung. Vier bürokratische Schritte. Wir sagen: Eigentlich ist uns allen klar, welche Strategie wir wollen. Strategien gibt es auch schon genug. Wir können direkt zur Umsetzungsplanung gehen, wie wir es fordern.

Dr. Florian Blättler (SP): *Ob eine Software schweizerisch ist oder nicht, spielt für die Sicherheit und Souveränität keine Rolle. Software wird schneller als ein Sandwich verkauft. Grundsätzlich bedeutet Souveränität, dass man weiss, was passiert und Zugriff auf den Source-Code hat. Hat man keinen Zugriff darauf, weiss man nicht, was passiert. Ich möchte auch nicht, dass die Chinesen unsere Daten haben. Aber der US-CLOUD Act führt dazu, dass die Software eine Hintertür haben muss, durch die der amerikanische Staat reinkommt. Dadurch haben alle grossen Staaten Zugriff auf die Daten. Die Chinesen haben auf jede Software, die dem US-CLOUD Act untersteht, Zugriff.*

Përparim Avdili (FDP) *ist nicht einverstanden, die Motion GR Nr. 2025/480 in ein Postulat umzuwandeln: Die Bedenken, die der Stadtrat uns gegenüber äusserte, überzeugen uns nicht. Wir halten an der Motion fest.*

Die Motion wird mit 58 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

174. 2025/480

Motion von Flurin Capaul (FDP), Përparim Avdili (FDP) und Dr. Emanuel Tschannen (FDP) vom 22.10.2025:

Ausarbeitung und Umsetzung einer Strategie für die Stärkung der digitalen Souveränität der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.



9 / 9

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/433, Beschluss-Nr. 173/2026

Përparim Avdili (FDP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5277/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Përparim Avdili (FDP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 70 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat